

Auf einen Blick

Start des Europäischen Semesters 2019



Im November beginnt das neue Europäische Semester – ein jährlich wiederkehrender Zyklus auf europäischer Ebene mit dem Ziel, die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) aufeinander abzustimmen. Der Semesterprozess wurde im Jahr 2010 als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise eingeführt und soll zu Konvergenz und Stabilität in der EU beitragen und die Umsetzung notwendiger Reformen fördern. Der Prozess erstreckt sich im Kern über circa ein halbes Jahr – daher die Bezeichnung „Semester“.

Den Auftakt macht das Herbstpaket...

Im November gibt die Europäische Kommission mit dem so genannten Herbstpaket den Startschuss für das Europäische Semester. Das Paket beinhaltet unter anderem den Jahreswachstumsbericht, in dem die Kommission die wichtigsten finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen für das kommende Jahr benennt. Darüber hinaus enthält das Herbstpaket einen Entwurf für Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets (so genannte Eurozonenempfehlungen). Mit diesen Empfehlungen soll eine besonders intensive wirtschaftspolitische Koordinierung für die Mitgliedstaaten der Eurozone erreicht werden, da diese über die gemeinsame Geldpolitik in besonderem Maße verflochten sind. Ein weiterer Teil des Herbstpakets ist der so genannte Frühwarnbericht

im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens. In diesem Bericht identifiziert die Kommission gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte, welche aus ihrer Sicht einem reibungslosen Funktionieren der einzelnen Volkswirtschaften, des Euroraums oder der EU insgesamt im Wege stehen können. Mitgliedstaaten, in denen die Kommission solche Ungleichgewichte vermutet, werden in den darauffolgenden Monaten einer vertieften Analyse unterzogen. Deutschland gehört regelmäßig zu der Gruppe von Volkswirtschaften, die von der Kommission vertieft untersucht werden. Grund dafür ist der anhaltend hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss.

Als letztes Element enthält das Herbstpaket *Stellungnahmen der Kommission zu den Haushaltsplänen* der Mitgliedstaaten, die diese der Kommission bis Mitte Oktober vorlegen.

Darin bewertet die Kommission, inwieweit die jeweilige Haushaltsplanung für das kommende Jahr mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und den bestehenden Reformempfehlungen in Einklang steht. Durch diesen frühzeitigen Konsultationsprozess, der vor der offiziellen Verabschiedung der Haushaltspläne durch die nationalen Parlamente stattfindet, sollen Unklarheiten und potenzielle Fehlentwicklungen vermieden werden. Dieser Prozess hat dieses Jahr durch die Rückweisung des italienischen Haushaltsplans durch die Kommission besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Im Herbst findet außerdem ein enger Konsultationsprozess zwischen der Kommission und den nationalen Regierungen statt. Bei so genannten Fact-Finding Missions besuchen auf Fachebene Delegierte der Kommission nationale Regierungen und informieren sich über deren Prioritäten sowie über aktuelle Entwicklungen in den Mitgliedstaaten. Am 17. Oktober 2018 hat ein solcher Austausch zwischen Kommission und Bundesregierung im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stattgefunden.

...es folgt die Veröffentlichung des Winterpakets...

In der Regel zwischen Ende Februar und Anfang März legt die Kommission Länderberichte zu jedem EU-Mitgliedstaat vor. Diese beinhalten ausführliche Analysen der Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und zeigen die zentralen Herausforderungen aus Sicht der Kommission auf. Darüber hinaus enthalten die Länderberichte das Ergebnis der vertieften Analysen mit Blick auf ein mögliches makroökonomisches Ungleichgewicht. Deutschland wird seit 2014 durchgehend ein Ungleichgewicht¹ attestiert. Grund für diese Einstufung ist der anhaltend hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss, der 2017 bei 7,9% und damit im maßgeblichen Dreijahreszeitraum (2015 bis 2017) über der im Verfahren festgelegten Schwelle von 6% lag. Aus Sicht der Kommission reflektiert der Leistungsbilanzüberschuss nicht nur die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, sondern auch ein übermäßiges Sparen einerseits und ein begrenztes inländisches Investitionsverhalten andererseits.

... und die Indossierung durch den Europäischen Rat

Im Frühjahr indossiert der Europäische Rat den Jahreswachstumsbericht der Kommission und fordert die Mitgliedstaaten auf, die darin verankerten Prioritäten bei ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Planung zu berücksichtigen. Außerdem billigt der Europäische Rat die Eurozonenempfehlungen.

Nun sind die Mitgliedstaaten gefragt

Bis Ende April müssen die Mitgliedstaaten des Euroraums und die übrigen EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission ihre Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme vorlegen. Darin stellen sie ihre mittelfristigen Finanzplanungen dar und geben Auskunft darüber, wie sie tragfähige öffentliche Finanzen sicherstellen. Sozusagen als Antwort auf den Länderbericht übermitteln alle Mitgliedstaaten außerdem nationale Reformprogramme an die Kommission. Darin nehmen sie explizit Stellung zu den von der Kommission identifizierten Herausforderungen und erläutern ihre Maßnahmen zur Umsetzung der Reformempfehlungen aus dem Vorjahr (so genannte länderspezifische Empfehlungen). Die Mitgliedstaaten, denen die Kommission ein Ungleichgewicht attestiert hat, erläutern zudem ausführlich, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sie ergreifen, um diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken.

Die Zielgerade: Das Frühjahrspaket der Kommission

Im Anschluss an die Vorlage der Berichte der Mitgliedstaaten veröffentlicht die Kommission ihre Vorschläge für die so genannten länderspezifischen Empfehlungen für jeden einzelnen Mitgliedstaat. Dabei handelt es sich um maßgeschneiderte Vorschläge, wie die Mitgliedstaaten Wachstum und Beschäftigung ankurbeln können, ohne die Solidität ihrer Haushalte zu beeinträchtigen. Die Kommission berücksichtigt dabei die Prioritäten aus dem Jahreswachstumsbericht von Beginn des Semesterprozesses. Mit der Einführung der Europäischen Säule sozialer Rechte im vergangenen Jahr werden dabei soziale Aspekte noch stärker als bisher einbezogen.

1 Die Ungleichgewichte sind in vier Kategorien eingeteilt. „Kein Ungleichgewicht“, „Ungleichgewicht“, „übermäßiges Ungleichgewicht“ und „übermäßiges Ungleichgewicht mit korrektivem Arm“. Deutschland ist somit in der zweituntersten Kategorie eingestuft.

Neben den Entwürfen zu Reformempfehlungen enthält das Frühjahrspaket eine Einschätzung der Kommission zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen. Darin bewertet die Kommission, inwiefern die nationalen Programme mit den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in Einklang stehen. So kann die Kommission in diesem Zuge beispielsweise das Ende oder auch die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen einen EU-Mitgliedstaat empfehlen.

Im Juni werden die Vorschläge der länderspezifischen Empfehlungen von den Regierungen im Rat erörtert, von den Regierungschefs gebilligt und schließlich von den Finanzministern der EU-Länder verabschiedet. Alle EU-Länder sind damit aufgefordert, die Empfehlungen aufzugreifen und in ihre nationale Reformagenda aufzunehmen. Damit endet offiziell der Semesterprozess.

Ist das Europäische Semester ein Erfolg?

Dem Europäischen Semester kommt als Instrument der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung in der EU große Bedeutung zu. Der Semesterprozess institutionalisiert einen engen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, hilft mögliche Fehlentwicklungen

frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken und fördert zudem – anhand von „best practice“-Beispielen – auch das Lernen der Mitgliedstaaten untereinander. Der Koordinierungszyklus liefert sowohl für die Kommission als auch für die Mitgliedstaaten Jahr für Jahr einen wertvollen Erkenntnisgewinn. Die tatsächliche Umsetzung der vom Rat empfohlenen Strukturreformen in den Mitgliedstaaten obliegt dann letztlich den nationalen Parlamenten. Die „Umsetzungsquote“ der länderspezifischen Empfehlungen ist in den letzten Jahren allerdings etwas zurückgegangen; das könnte auch eine Folge der wirtschaftlichen Erholung sein. Um auf solche Entwicklungen angemessen reagieren zu können, wird intensiv darüber diskutiert, wie die Koordination von Wirtschafts- und Finanzpolitiken im Europäischen Semester weiter verbessert werden kann. Zu den Vorschlägen gehört neben der Umstellung des Semesters auf einen Zweijahreszyklus auch eine engere Verlinkung der Strukturfonds mit den länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters.

Kontakt: Dr. Sybille Lehwald
Referat: Europäische Wirtschafts- und
Währungsfragen

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

November 2018	
05./06.11.	Eurogruppe/ECOFIN
06.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
07.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
09.11.	Handelsministerrat
14.11.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
16.11.	ECOFIN-Haushalt
29.11.	WBF-Rat
Ende November 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Dezember 2018	
03./04.12.	Eurogruppe/ECOFIN
06.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
13.12.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
19.12.	Energieministerrat (TTE)
Ende Dezember 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Januar 2019	
07.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
08.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
14.01.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21./22.01.	Eurogruppe/ ECOFIN
Ende Januar 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter

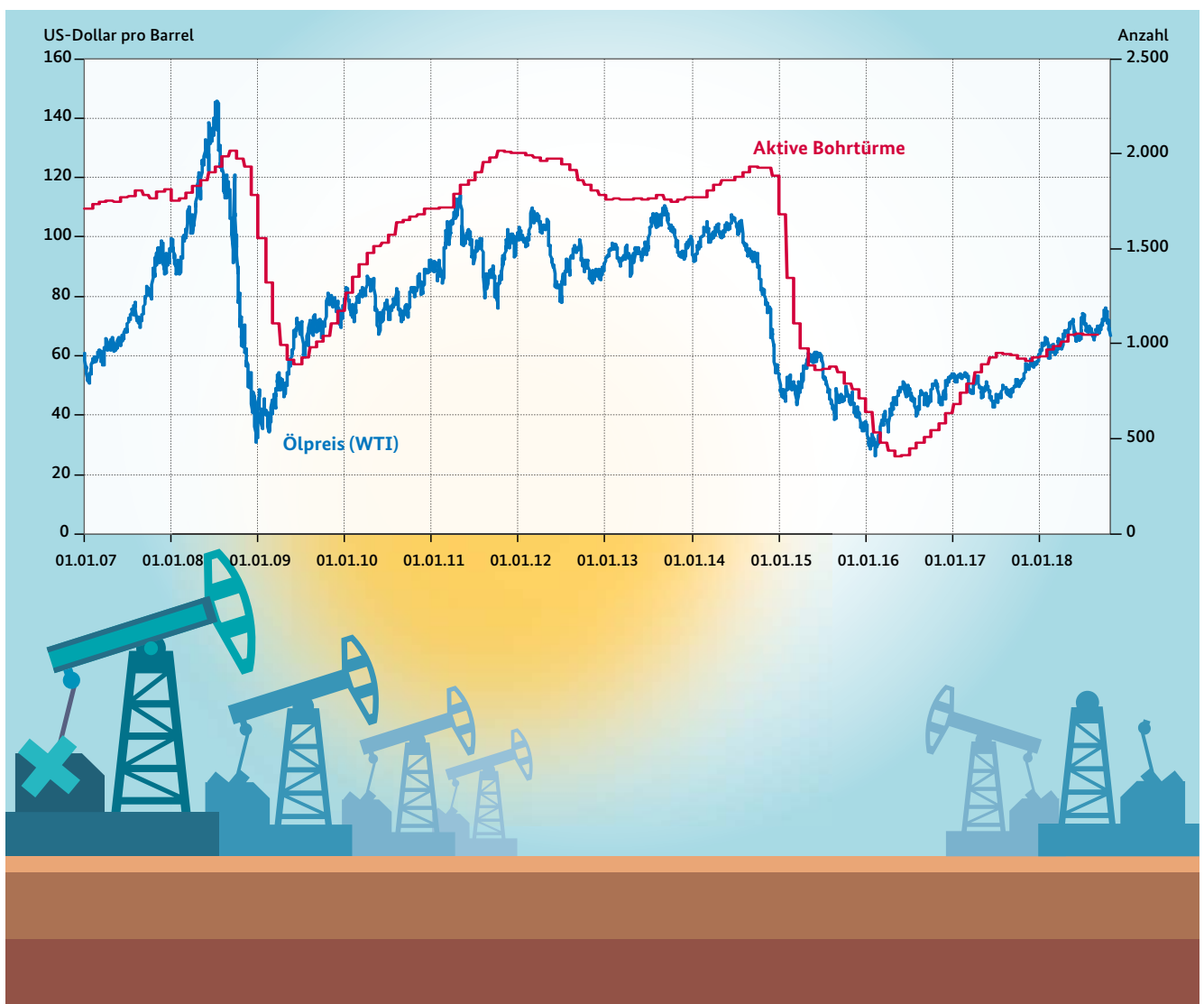


Grafik des Monats

Der Rohölpreis...

... ist seit Jahresbeginn kräftig gestiegen, aktuell ist er mehr als doppelt so hoch als noch zu Beginn des Jahres 2016. Mit steigenden Ölpreisen auf dem Weltmarkt zieht auch die Förderung von Schieferöl mit der so genannten Fracking-Methode wieder deutlich an. Das Fracking, das vorwiegend in den USA zum Einsatz kommt, ist eine vergleichsweise teure Methode der Ölproduktion und daher stark abhängig von der Entwicklung der Ölpreise. Besonders deutlich ist dies nach den starken Ölpreisrückgängen in den Jahren 2008 und 2014 zu beobachten, in deren Folge die Anzahl der aktiven Bohrtürme in den USA rapide gesunken ist. Bei den derzeitigen Ölpreisen ist das Fracking aber rentabel und die USA sind aktuell der weltweit größte Ölproduzent, noch vor Saudi-Arabien und Russland.

Ölpreis und Anzahl der aktiven US-Bohrlöcher seit 2007*



Quelle: Macrobond.

*Die Anzahl der aktiven Bohrlöcher umfasst die Gesamtheit aller Bohraktivitäten, darunter auch die Förderung von Schieferöl.